

Medienmitteilung
Basel, 5. September 2019

Regierungsrat Baselland bestätigt: «Umkleiden ist Arbeitszeit!»

In seiner Antwort auf eine Interpellation zum Thema Umkleidezeit bestätigt der Regierungsrat Baselland, was der VPOD schon seit geraumer Zeit vertritt: «Umkleidezeit ist Arbeitszeit!». Der vpod region basel fordert nun erst recht eine rasche Umsetzung an allen Spitälern des Kantons und einen Einbezug der Sozialpartner bei der konkreten Ausgestaltung der Regelungen. Die Anrechnung als Arbeitszeit darf auf keinen Fall zu Lasten des Personals erfolgen.

Mit grosser Freude nimmt der vpod region basel einen weiteren Meilenstein in der Thematik Umkleidezeit zur Kenntnis. In seiner Antwort auf die Interpellation (2019/405) «Arbeitszeit fürs Umziehen» von Lucia Mikeler Knaack hält der Regierungsrat Baselland fest: «In der Konsequenz ist, sofern Kleidervorschriften seitens des Spitals vorliegen, eine Zeitgutschrift für die Umkleidezeit von Spitalangestellten zu bejahen, d.h. sie fällt unter die Arbeitszeit.» Damit folgt der Regierungsrat der angepassten Wegleitung des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco zum Arbeitsgesetz, welche in dieser Frage eindeutig ist.

Stand jetzt anerkennen mehr als die Hälfte der Spitäler im Kanton das Umkleiden nicht als Arbeitszeit an. Sie enthalten so den Angestellten jährlich eine Zeitgutschrift oder Lohn im Umfang eines halben Monats vor. Der vpod region basel fordert nun ein klares Bekenntnis der einzelnen Spitäler und eine zeitnahe Umsetzung der Anerkennung als Arbeitszeit. Für die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Regelungen müssen zwingend die Sozialpartner einbezogen werden, eine Haltung, die der Regierungsrat in seiner Antwort stützt. Denn die Anrechnung als Arbeitszeit darf auf keinen Fall zu Lasten des Personals erfolgen, welches aufgrund von Spar- druck und zu knappen Personalschlüsseln sowieso schon unter enormem Zeitdruck steht.

Bestärkt durch die neusten Entwicklungen wird der vpod region basel die Kampagne «Umkleiden ist Arbeitszeit!» konsequent weiter vorantreiben. Unser Mitglied Sarah Wyss, SP-Grossrätin und Kandidatin für den Nationalrat, wird im Kanton Basel-Stadt eine ähnliche Interpellation einreichen mit dem weiterführenden Ziel, dass die Arbeitnehmenden möglichst rasch erhalten, was ihnen gesetzlich zusteht.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:
Samira Marti (Präsidentin vpod region basel)
Vanessa von Bothmer (Gewerkschaftssekretärin)

079 128 78 35
061 685 98 95

Besten Dank für die Publikation!